

K U R Z B E R I C H T E

Redaktionsschluss: 5. April 2006

Entwicklung der Mindestreserve-Überschussreserven im Jahr 2005 und deren Entstehungsgründe

Michael Strommer

Einleitung

Mindestreserven sind Guthaben, die von Kreditinstituten bei der Zentralbank gehalten werden müssen. Die Höhe der zu haltenden Guthaben richtet sich nach einem bestimmten Verhältnis (derzeit 2% der kurzfristigen Einlagen und Schuldverschreibungen) zu bestimmten Verbindlichkeiten der Banken. Dieser von den Kreditinstituten und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) errechnete Betrag (Mindestreserve-Soll) muss mit einem gewissen zeitlichen Verzug auf den OeNB-Girokonten gehalten werden. Dabei erfolgt die Erfüllung der Mindestreserve innerhalb einer Erfüllungsperiode im Durchschnitt. Die Erfüllungsperiode beginnt generell an jenem Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, der auf die erste Sitzung des Rats der Europäischen Zentralbank (EZB) im Monat folgt und dauert bis einen Tag vor dem Start der nächsten Erfüllungsperiode. Die Mindestreservepflicht gilt als nicht erfüllt, wenn der durchschnittliche Tagesendstand der Mindestreserve-Konten eines Kreditinstituts am Ende der Periode das Mindestreserve-Soll unterschreitet. Ein nicht erfülltes Mindestreserve-Soll ergibt einen Fehlbetrag, der mit einem Strafsatz pönalisiert wird. Als Strafsatz wurde von der EZB der Spitzenrefinanzierungssatz mit einem Aufschlag von 2,5 Prozentpunkten bestimmt.

Überschussreservenentwicklung in Österreich und im Euroraum

Jene Guthaben, die über das Mindestreserve-Soll hinaus auf den OeNB-Girokonten im Durchschnitt über die Erfüllungsperiode gehalten werden, werden als Überschussreserven bezeichnet. Das OeNB-Girokonto wird allerdings nicht nur für Mindestreserve-Zwecke, sondern auch für die Liquiditätserfüllung nach dem Bankwesengesetz (BWG) verwendet. Damit ist eine Differenzierung zwischen Überschussreserven, die aufgrund der Mindestreserve entstehen, und Guthaben auf dem Girokonto aufgrund der Liquiditätserfüllung nicht möglich. Während Mindestreserve-Guthaben bis zum erforderlichen Mindestreserve-Soll verzinst werden, stellen Überschussreserven, die aus der Mindestreserve-Haltung resultieren, unverzinsten Guthaben dar und verursachen somit (Opportunitäts-) Kosten für die Kreditinstitute.

Die Bandbreite, in der sich die Überschussreserven im Jahr 2005 bewegten, betrug in Österreich 71 bis 170 Mio EUR, für den gesamten Euroraum schwankten die unverzinsten Guthaben zwischen der ersten und der zwölften Erfüllungsperiode des Jahres 2005 zwischen 573 und 1.025 Mio EUR.

Im Durchschnitt ergab sich in Österreich über die zwölf Erfüllungsperioden des Jahres 2005 ein Wert von rund 95 Mio EUR an Überschussreserven pro Erfüllungsperiode. Verglichen mit den anderen Ländern des Euroraums hatte Österreich damit die dritthöchsten Überschussreserven. Es ist allerdings zu beachten, dass

in dieser Summe der Überschussreserven alle Konten von mindestreserverpflichtigen Kreditinstituten inkludiert sind. Somit sind auch die OeNB-Girokonten von ausländischen mindestreserverpflichtigen¹ und an Intermediäre angeschlossene Kreditinstitute berücksichtigt, die eigentlich nicht direkt der Mindestreserve-Erfüllung dienen. Allerdings betragen diese durchschnittlich nur rund 7,4% an den gesamten Überschussreserven und waren damit im Jahr 2005 vernachlässigbar. Der Anteil Österreichs an den im gesamten Euroraum verzeichneten Überschussreserven im Jahr 2005 ergab im Durchschnitt einen sehr hohen Wert von rund 12,5%. Ein anderes Bild zeigte sich bei Betrachtung des zu erfüllenden Mindestreserve-Erfordernisses; dabei lag der entsprechende Anteil Österreichs am Euroraum bei nur rund 3,1%.

Die höchsten Überschussreserven von rund 170 Mio EUR konnten in der letzten Erfüllungsperiode des Jahres 2005 (Laufzeit vom 6. Dezember 2005 bis 17. Jänner 2006) verzeichnet werden. Damit wurde in dieser Erfüllungsperiode ein neuer Rekordwert in Österreich erreicht. Die tatsächlich mit der Mindestreserve-Erfüllung im Zusammenhang stehenden Überschussreserven waren etwas niedriger und betrugen rund 162 Mio EUR. Interessant war, dass in dieser Periode rund 107 Mio EUR oder ein Anteil von rund 66,1% der Überschussreserven auf nur vier Kreditinstitute zurückzuführen war.

Die niedrigsten Überschussreserven konnten in Österreich in der achten Erfüllungsperiode des Jahres 2005

in Höhe von 71 Mio EUR beobachtet werden.

Gründe für eine hohe Überschussreservhaltung

Für hohe Überschussreserven während einer Mindestreserve-Erfüllungsperiode kann es generell verschiedene Gründe geben:

- Viele kleine Banken belassen (trotz der Möglichkeit der Durchschnittshaltung) während der gesamten Erfüllungsperiode immer den gleichen Betrag auf ihrem OeNB-Girokonto, um nicht auf die Einhaltung der Mindestreserve achten zu müssen. Auch wenn das Mindestreserve-Erfordernis sinkt, wird kein Geld von dem OeNB-Konto abgezogen und somit steigen die Überschussreserven. Diese dienen als Puffer, um das Mindestreserve-Erfordernis auf jeden Fall zu erfüllen.
- Das OeNB-Girokonto dient auch für Zwecke der Liquiditätserfüllung nach dem BWG, was ebenfalls zu höheren Überschussreserven führen kann. Zwischen der Berechnung des Mindestreserve-Solls und dem Beginn der Erfüllung des Erfordernisses liegt im Regelfall eine Zeitspanne von rund zwei Monaten. Im Fall der Liquiditätsverpflichtung nach dem BWG beträgt hingegen der Zeitraum zwischen Berechnung und Erfüllung des Erfordernisses nur rund drei Wochen. Dadurch kann – insbesondere im Fall von neu gegründeten (und schnell wachsenden) Kreditinstituten – das Liquiditätserfordernis zu einem

¹ Es handelt sich hier um Konten, die im Ausland ansässige mindestreserverpflichtige Kreditinstitute bei der OeNB führen.

- bestimmten Beobachtungszeitpunkt sehr hoch, das Mindestreserve-Erfordernis aber durch den zeitlichen Verzug noch relativ gering sein. Da für beide Zwecke das OeNB-Girokonto herangezogen wird, können in der Folge höhere Überschussreserven auf den OeNB-Konten entstehen.
- Die Überschussreserven können auch auf operationale Fehler bei der Liquiditätsplanung einer Bank bzw. auf unerwartete Zahlungseingänge auf den Konten zurückzuführen sein.
 - Weiters kann beobachtet werden, dass die Überschussreserven auch aus bilanztechnischen Gründen steigen können, da es für eine Bank aus verschiedenen Gründen zu bestimmten Zeitpunkten vorteilhaft sein kann, mehr Geld als für die Mindestreserve vonnöten auf dem OeNB-Girokonto zu platzieren. So könnte z. B. das Eigenmittelerfordernis gesenkt werden, da bei der Solvabilitätsberechnung Guthaben bei Zentralbanken mit einem Null-Prozent-Satz risikogewichtet werden.

Langfristige Finanzanlagen und Kursgewinne erhöhten das Geldvermögen privater Haushalte

Ergebnisse der sektoralen Finanzierungskonten aus der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für das vierte Quartal und das Jahr 2005¹

Michael Andreasch

Finanzierungskonditionen und private Inlandsnachfrage

Die Zinssätze für Neukredite des privaten Sektors bei inländischen Banken stiegen von 3,12% im September 2005 auf 3,36% im Dezember 2005, wobei Banken teilweise die Leitzinserhöhung der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 1. Dezember 2005 bereits vorwegnahmen. Die Einlagenzinsen im Neugeschäft stiegen zur selben Zeit von 2,01% auf 2,33%. Da die Zinskonditionen, bezogen auf die ausstehenden Kredite und Einlagen, weniger stark reagierten, schlug diese Änderung jedoch auf das Nettozins-einkommen wesentlich weniger stark durch. Gemäß den Ergebnissen der Umfrage über das Kreditgeschäft² im Jänner 2006 verfolgten die österreichischen Banken im vierten Quar-

tal 2005 eine zurückhaltende Kreditpolitik gegenüber Unternehmen und privaten Haushalten. Die Richtlinien für Unternehmenskredite sowie für Konsumkredite an private Haushalte wurden etwas verschärft, die Standards für Wohnbaukredite hingegen leicht gelockert.

Die Sekundärmarktrendite für langfristige staatliche Schuldverschreibungen stieg zwischen September und Dezember 2005 von 3,10% auf 3,36% und reflektierte ebenfalls die Leitzinserhöhung. Der österreichische Aktienindex (ATX) erhöhte sich im Schlussquartal 2005 um 6,1% auf 3.667 Punkte, wodurch im Gesamtjahr 2005 die Marktkapitalisierung der im ATX enthaltenen Aktien bewertungsbedingt um 51% anwuchs. Im Jahr 2005 schütteten die inländischen Unternehmen Dividenden in

¹ Redaktionsschluss: 31. März 2006.

² Details siehe Analysebeitrag „Zurückhaltende Kreditpolitik der österreichischen Banken“ in diesem Heft.

Höhe von 1,2 Mrd EUR – und damit um 38% mehr als im Jahr 2004 – aus. Die Dividendenrendite fiel dennoch von 2,17% (2004) auf 1,89% (2005).

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im vierten Quartal 2005 gegenüber dem Vergleichsquartal 2004 um 4,1% in der nominellen Rechnung. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte erhöhten sich im selben Vergleichszeitraum um 2,8%. Für das gesamte Jahr 2005 bedeutet dies eine nominelle Steigerung des Konsums um 3,5%, wobei die realen Ausgaben nur um 1,4% wuchsen. Die privaten Haushalte steigerten trotz der positiven Einkommenseffekte der Steuerreform ihre Ausgaben nur moderat. Ebenso wurden die stark gestiegenen buchmäßigen Kursgewinne aus den Wertpapierveranlagungen nicht realisiert und daher nicht für den Konsum verwendet.

Ebenfalls moderat entwickelten sich die Investitionen, die nominell im vierten Quartal 2005 um 2,1% gegenüber dem vierten Quartal 2004 anwuchsen. Im gesamten Jahr 2005 stiegen diese um 3,2%, real allerdings nur um 1,1%. Besonders schwach entwickelten sich Anlageinvestitionen, vor allem durch rückläufige Fahrzeuginvestitionen, während innerhalb der Bauinvestitionen die Nichtwohnbauten treibende Kraft für das Wachstum waren.

Wertpapierinvestitionen und Lebensversicherungen dominierten die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte³

Die Sparquote⁴ im Jahr 2005 dürfte sich aufgrund des unterschiedlichen

Wachstums von Einkommen und Konsum weiter erhöht haben. Die gebildeten Ersparnisse wurden, wie schon in den ersten neun Monaten 2005 zu beobachten war, vor allem in Finanzanlagen investiert. Die Geldvermögensbildung erreichte im Schlussquartal 2005 einen Wert von 3,8 Mrd EUR.

Private Haushalte kauften im vierten Quartal 2005 Anteile von gemischten Fonds in der Größenordnung von 850 Mio EUR, wovon der größte Teil auf neu aufgelegte Investmentzertifikate mit Kapitalgarantie entfiel. Hingegen waren Rentenfonds mit einem Kaufvolumen von 270 Mio EUR, nicht zuletzt aufgrund der Kursverluste auf den Anleihemärkten, weniger stark gefragt als noch in den ersten drei Quartalen. Im Segment der verzinslichen Wertpapiere wurden vor allem steuerbegünstigte Wohnbauanleihen um rund 290 Mio EUR erworben. Die Aktienkäufe waren trotz des Engagements an der Großemission der Wiener Städtischen Versicherung im Dezember 2005 gering.

Die Ansprüche aus Lebensversicherungen erhöhten sich nach ersten Berechnungen im Schlussquartal 2005 transaktionsbedingt um 1,1 Mrd EUR. Wesentliche Ursachen für das hohe Wachstum sind die seit einigen Jahren zu beobachtende, generell zunehmende Bedeutung der privaten Pensionsvorsorge, die Verwendung als Tilgungsträger für endfällige Fremdwährungskredite, aber auch – als Einmaleffekt – die Verschlechterung in den Konditionen für Neuabschlüsse ab dem Jahr 2006. Dies drückt sich sehr deutlich in den Prämien aus: Für das Gesamtjahr

³ Einschließlich der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁴ 2004: 9,0%, Frühjahrsprognose 2006 für 2005: 9,5% (WIFO) und 9,6% (IHS).

2005 rechnet der Versicherungsverband mit einem Wachstum des Prämienaufkommens von 15,5% gegenüber dem Vorjahr. Die Ansprüche gegenüber Pensionskassen stiegen im vierten Quartal 2005 um 270 Mio EUR.

Die Jahreswachstumsrate der Geldvermögensbildung erreichte damit einen Wert von 5,5%, wobei 2,1 Prozentpunkte auf langfristige Wertpapierveranlagungen (Kapitalmarktpapiere, Aktien und Investmentzertifikate ohne Geldmarktfondsanteile) und 1,6 Prozentpunkte auf die Erhöhung der Ansprüche gegenüber Lebensversicherungen und Pensionskassen entfielen. Die geldmarktorientierten Veranlagungen in Form von Einlagen, Geldmarktpapieren und Geldmarktfondsanteilen sowie die Veränderung des Bargeldbestands blieben hingegen mit einem Beitrag von 1,6 Prozentpunkten deutlich unter dem Durchschnittswert der letzten vier Jahre.

Das Geldvermögen der privaten Haushalte stieg zum Jahresultimo 2005 im Jahresabstand um 8% (26,5 Mrd EUR) auf einen Marktwert von 356,4 Mrd EUR. Dieser Wert entspricht fast dem 1,5fachen Wert des BIP. Rund 70% des Vermögenszuwachses entfielen auf die Geldvermögensbildung im Jahr 2005. Zusätzlich profitierten die privaten Haushalte von den Kursanstiegen auf den europäischen Aktienmärkten, die den Marktwert der handelbaren Wertpapiere im Besitz von Privatinvestoren um 7,5 Mrd EUR erhöhten.

Während die Geldvermögensbildung weiterhin sehr lebhaft war, war die Nachfrage nach Krediten durch private Haushalte im vierten Quartal 2005 mit einer Neuverschuldung in Höhe von 1,3 Mrd EUR

schwach. Aber auch die restriktivere Angebotsseite durch inländische Banken spiegelt sich in den Daten für das vierte Quartal wider. Die Finanzmittel wurden überwiegend für die Beschaffung von Wohnraum verwendet. Der Effektivzinssatz für Wohnbaukredite im in Euro denominierten Neugeschäft stieg zwar zwischen September und Dezember 2005 von 3,79% auf 3,97%, war aber dennoch historisch niedrig. Der Zinsabstand zu Fremdwährungskrediten verringerte sich zum Jahresende sogar. Die Verschuldung zum Jahresultimo 2005 betrug 132,8 Mrd EUR. Die Verschuldungsquote (in Relation zum BIP) in Höhe von 53% lag damit weiter unter dem Durchschnittswert des Euroraums.

Finanzierungsbedarf der Unternehmen primär durch Eigenkapitalfinanzierungen und Anleihen abgedeckt

Die Investitionstätigkeit war im vierten Quartal 2005 mit einem Zuwachs von nominell 2,1% gegenüber dem vierten Quartal 2004 moderat. Die größten Impulse gingen von den Nichtwohnbauten innerhalb der Bauinvestitionen aus. Von diesen Branchen kommt auch ein größerer Finanzierungsbedarf. Großvolumige Wertpapieremissionen tätigten sowohl die ASFINAG als auch die ÖBB-Infrastruktur Bau AG, die im vierten Quartal Anleihen in der Größenordnung von 3 Mrd EUR platzierten, wovon der größte Teil ins Ausland abgesetzt wurde.

Die Zinssätze für Neukredite von Unternehmen bei inländischen Banken erhöhten sich zwischen September und Dezember 2005 von 2,92% auf 3,23% deutlicher als jene für Kredite an private Haushalte. Gleichzeitig verfolgten die österreichischen

Banken im vierten Quartal 2005 eine zurückhaltende Kreditpolitik gegenüber Unternehmen. Die Kreditnachfrage der inländischen Unternehmen war im vierten Quartal 2005 mit rund 400 Mio EUR – im Vergleich zu den Kreditfinanzierungen der letzten acht Quartale – unterdurchschnittlich. Darüber hinaus dürfte die gute Gewinnentwicklung, die sich unter anderem durch höhere Dividendenzahlungen bemerkbar machte, die Finanzierung über neues Eigenkapital erleichtert haben. Die Nettoausweitung der begebenen Anteilsrechte erreichte im vierten Quartal 2005 einen Wert von 1,2 Mrd EUR. Insgesamt lag der Finanzierungsbedarf der Unternehmen bei 4,9 Mrd EUR.

Die Verpflichtungsposition der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften betrug zum 31. Dezember 2005 349,9 Mrd EUR; die Verpflichtungsquote lag damit bei 142% des BIP. Die Erhöhung um 11,3% (35,5 Mrd EUR) gegenüber dem Jahresultimo 2004 ist zur Hälfte auf die Neuverpflichtungen zurückzuführen. Die gute Performance des inländischen Aktienmarktes erhöhte den Wert der Unternehmensbeteiligungen und damit die Verpflichtungen der Unternehmen im Jahr 2005 – allein aus Preiseffekten – um 21 Mrd EUR. Die Nettovermögensposition der Unternehmen war zum Jahresultimo 2005 mit 165 Mrd EUR negativ.

Neues Datenangebot über die quartalsweisen Finanzkonten des Staats in „Statistiken – Daten & Analysen“

Europäische Verpflichtungen

Seit März 2004 ist die EU-Verordnung Nr. 501/2004 über die vierteljährlichen Finanzkonten des Staats in Kraft. Durch diese Verordnung sind alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) verpflichtet, quartalsweise die Finanzkonten des Staats mit einer Zeitverzögerung von drei Monaten an Eurostat zu liefern.

Aufgrund der in Österreich gelebten Praxis hinsichtlich der Erstellung von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden die Finanzkonten des Staats, ebenso wie die Finanzkonten aller anderen volkswirtschaftlichen Sektoren, von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) erstellt. Statistik Austria ist für die Berechnung der nichtfinanziellen (realwirtschaftlichen) Konten der VGR zuständig.

Seit März 2004 wurden von der OeNB sieben offizielle Datenlieferungen an Eurostat und an die Europäische Zentralbank (EZB) durchgeführt. Durch die in der Verordnung festgehaltene stufenweise Ausweitung der Lieferverpflichtung, bzw. die Möglichkeit, für einzelne Datenfelder einen Aufschub der Lieferfrist zu erhalten, steht Eurostat jedoch erst seit 31. Dezember 2005 das vollständige Datenset der einzelnen Länder zur Verfügung. Durch die Umsetzung der EU-Verordnung über die vierteljährlichen Finanzkonten des Staats, der EU-Verordnung Nr. 1221/2002 über die vierteljährlichen nichtfinanziellen Konten des Staats sowie der EU-Verordnung Nr. 1161/2005 über die quartalsweisen nichtfinanziellen Sektorkonten steht Eurostat die vollständige VGR-Kontenfolge des Sektors Staat auf Quartalsbasis zur Ver-

Gerald Wimmer

fügung. Darüber hinaus sind die EU-Mitgliedstaaten durch die EU-Verordnung Nr. 1222/2004 verpflichtet, den quartalsweisen Maastricht-Schuldenstand an Eurostat zu übermitteln. Dies ist als ergänzende Information zur Datenbasis über den Sektor Staat zu sehen, da die Definitionen zwar auf den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) basieren, in einigen Bereichen, wie z. B. der Bewertung der Bestände (Markt- gegenüber Nominalwerten), jedoch abweichen.

Als Datenquellen zur Erstellung der Finanzkonten des Staats dienen der OeNB einerseits selbst produzierte Statistiken und Datenbestände – wie die Monetärstatistik, die Versicherungsstatistik, die Zahlungsbilanzstatistik und die Wertpapierdatenbank –, andererseits wurde aber auch der Zugang zu direkten Datenquellen erweitert. So meldet etwa die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) ein sehr umfangreiches Datenset an die OeNB, das nicht nur der Erstellung der Finanzkonten des Staats dient, sondern auch für die Erstellung der Zahlungsbilanz betreffend den Sektor Staat herangezogen wird. Weiters wurde für die OeNB eine Zugriffsmöglichkeit auf Länder- und Gemeindedaten geschaffen, die die Gebietskörperschaften im Rahmen der Gebarungsstatistikverordnung an Statistik Austria melden müssen. Um die Kompilierung, sowohl der Finanzkonten als auch der Zahlungsbilanz und einiger anderer Finanzstatistiken, auf Basis dieser Daten zu ermöglichen, wurde die diesbezügliche Schnittstelle zu Statistik Austria für die Abdeckung der Anforderungen dieser Statistiken adaptiert.

Veröffentlichung in Österreich

Das Datenangebot der OeNB hinsichtlich der quartalsweisen Finanzierungsrechnung, das bisher die Sektoren nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte umfasste, wird um Informationen zum Sektor Staat erweitert. Parallel zur vollständigen Datenlieferung an Eurostat werden die Daten nun auch national veröffentlicht. Die Publikation erfolgt quartalsweise im Internet unter *statistik.oenb.at* und wird ebenso im Tabellenteil der vierteljährlichen Druckpublikation „Statistiken – Daten & Analysen“ enthalten sein. Die entsprechenden Tabellen 8.2.1 und 8.2.2 werden erstmals in diesem Heft (Q2/06) abgedruckt. Sie enthalten Informationen über die Bestände an Finanzaktiva und -passiva des Sektors Staat bzw. die transaktionsbedingten Veränderungen dieser Bestände, gegliedert nach einzelnen Finanzierungsinstrumenten. Das österreichische Aggregat kann ab diesem Zeitpunkt auch mit EU- bzw. Euroraum-Aggregaten verglichen werden, da diese von Eurostat ebenfalls ab April 2006 publiziert werden.

An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass die bisher im Statistikangebot verfügbaren Informationen zur quartalsweisen Finanzierungsrechnung (nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte) aufgrund von Anregungen der Anwender überarbeitet wurden.

Mit der Publikation der quartalsweisen finanziellen Konten des Staats durch die OeNB und der Publikation der quartalsweisen nichtfinanziellen Konten des Staats bzw. des quartalsweisen Maastricht-Schuldenstands durch Statistik Austria steht der Öffentlichkeit ein umfassendes Ange-

bot an Quartalsdaten des Staats zur Verfügung.

Zu beachten ist, dass sowohl bei den finanziellen als auch bei den nichtfinanziellen Konten jeweils ein Finanzierungssaldo ausgewiesen wird, die theoretisch übereinstimmen sollten. In der Praxis können diese jedoch bei Quartalsdaten – aufgrund der Verwendung unterschiedlicher Quellen – voneinander abweichen. Diese Unschärfen sind auf unterschiedliche Verbuchungszeitpunkte einzelner Transaktionen in den verschiedenen Quellen (z. B. unterschiedliche Buchungszeitpunkte einer Überweisung in der Bankenstatistik und im Staatshaushalt) bzw. auf generelle Quelldatenabweichungen zurückzuführen. Betrachtet man allerdings die Jahresdaten, so spielen diese Faktoren eine etwas geringere Rolle, sodass bei diesen eine bessere Übereinstimmung der Finanzierungssalden erreicht wird.

Strukturanalyse

Die Finanzierungssalden aus den nichtfinanziellen Konten und aus den finanziellen Konten des Staats zeigen ein übereinstimmendes Saisonmuster. Vor allem das erste und vierte Quartal jedes Jahres zeigen auffällige Charakteristika: nämlich jeweils überdurchschnittlich hohe Defizite im ersten Quartal und zumeist beträchtliche Überschüsse im vierten Quartal. Dieses Muster ist unter anderem auf die asymmetrische Verteilung der Einnahmen aus direkten Steuern (wie z. B. der Einkommensteuer) zurückzuführen. So wird etwa die Kapital-

ertragsteuer auf Zinsen zum Großteil am Jahresende fällig, aber auch die übrigen Einkommensteuern haben in den letzten Jahren ein sehr starkes viertes Quartal gehabt. Bezüglich der Verteilung der Staatsausgaben über die Quartale sind vor allem die überdurchschnittlich hohen Zinsausgaben, jeweils in den ersten beiden Quartalen, zu erwähnen. Das beobachtete Saisonmuster des Finanzierungssaldos wird jedoch vor allem von der asymmetrischen Verteilung der Einnahmenseite bestimmt.

Die Bestände von Finanzaktiva und -passiva bzw. deren transaktionsbedingte Veränderungen werden in den finanziellen Konten dargestellt. So kann z. B. die Finanzierung eines Staatsdefizits (ausgewiesen in den realwirtschaftlichen Konten) einerseits über Schuldenaufnahmen oder andererseits über die Veräußerung von Finanzaktiva abgedeckt werden. Das Schuldenmanagement des Bundes wird von der ÖBFA durchgeführt. In der Regel platziert die ÖBFA überdurchschnittlich viele Emissionen in der ersten Jahreshälfte; die Erlöse werden zur Abdeckung der beobachtbaren überdurchschnittlich hohen Defizite der jeweils ersten Quartale verwendet, aber auch zwischenveranlagt. In der zweiten Jahreshälfte werden Emissionen der ÖBFA je nach Bedarf angepasst. Das beobachtete Saisonmuster des gesamten Sektors Staat – Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen und sonstige Einheiten, die dem Sektor Staat zuzuordnen sind – wird vom Bund dominiert.

Jahresabschlusskennzahlen von Unternehmen

Reinhard Konczer

Die *Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen* mit den Daten von 2001 bis 2004 stehen seit Anfang März 2006 in deutscher und in englischer Sprache im Internet unter <http://statistik.oenb.at> Statistische Daten/Unternehmenskennzahlen und realwirtschaftliche Indikatoren/Jahresabschlusskennzahlen von Unternehmen zur Verfügung.

Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen

Die Kennzahlen werden in Kooperation zwischen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) und der KMU Forschung Austria erstellt. Für die Berechnung der Kennzahlen wurde eine gemeinsame Stichprobe herangezogen, die sich aus dem gesamten Datenbestand an Jahresabschlussinfor-

mationen dieser beiden Institutionen für die Jahre 2001 bis 2004 ergibt.

Derzeit können insgesamt 38 Kennzahlen nach Branchen (Abschnitte, Unterabschnitte, Sektoren und Abteilungen) und Größenklassen abgefragt werden. Die Größenklasseneinteilung erfolgt nach der Höhe des Umsatzes. Innerhalb der Umsätze wird eine Unterteilung nach insgesamt fünf Größenklassen vorgenommen. Die Schwellenwerte sind derzeit 1 Mio EUR, 7 Mio EUR, 40 Mio EUR und 100 Mio EUR.

Es ist zu beachten, dass in den Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen nicht nur die Daten von Kapitalgesellschaften, sondern auch von anderen Rechtsformen (z. B. Einzelunternehmen, Personengesellschaften etc.) enthalten sind.